

14. MRZ. 2007

BundesArbeitsGemeinschaft (BAG) Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit e.V.

Stiftstr. 15, 30159 Hannover * www.BAGSozialeStadtentwicklung@t-online.de
Telefon: 0511 / 70 00 526 * Fax: 0511 / 161 25 03 * E-Mail: BAGSozialeStadtentwicklung@t-online.de

216/14 03.07

Neue Chancen für die Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit

40 Mio. € zusätzliche Finanzmittel vom Bund auch für Modellvorhaben

1. Zum aktuellen Stand

Mit der Verabschiedung des Bundeshaushalts stehen zusätzliche Finanzhilfen an die Länder für Modellvorhaben im Rahmen des Programm Soziale Stadt in Höhe von 40 Mio. € zur Verfügung. Für diese Bundesmittel soll in einem wettbewerbsorientierten Verfahren zugelassen werden, "dass sie **auch für Modellvorhaben** in den Gebieten der Sozialen Stadt und dann auch für Zwecke wie Spracherwerb, Verbesserung von Schul- und Bildungsabschlüssen, Betreuung von Jugendliche in der Freizeit sowie im Bereich der lokalen Ökonomie wie Gründerzentren eingesetzt werden können".

(siehe z.B. Land Hessen: http://www.hegiss.de/he_download/2006/060728/HEGISS-Ausschreibung.pdf
[http://www.hegiss.de/he_download/2006/060728/HEGISS Ausschreibung Anlage 1 und 2.doc](http://www.hegiss.de/he_download/2006/060728/HEGISS_Ausschreibung_Anlage_1_und_2.doc))

Diese erweiterte **nicht-investiven Zweckbindung** aus Städtebaumitteln war im parlamentarischen Raum zunächst auf Bedenken gestoßen. Inzwischen ist dazu die Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung 2006 mit den Ländern unterschriftsreif, die auch nähere Regelungen über die Verwendung und den Einsatz der zusätzlichen Bundesmittel in Höhe von 40 Mio. € (neben den bisher geleisteten 70 Mio. € investiven Bundesmittel) treffen wird. Die Länder haben inzwischen weitgehend signalisiert, den notwendigen Komplementärmittel von in der Summe 110 Mio. € beizusteuern.

Nun geht es darum, dass sich die Kommunen zusammen mit den freien Trägern um die Entwicklung von Modellvorhaben kümmern. Dabei muss auf der örtlichen Ebene wiederum ein Drittelanteil aufgebracht werden. Dieser kann bezogen auf die 40 Mio. € **Zusatzmittel im Rahmen von Modellprojekten auch durch Dritte** (nicht öffentliche Träger) erbracht werden. Es sollen insbesondere solche Projekte gefördert werden, die durch bestehende (Fach-) Programme nicht oder nicht ausreichend förderfähig waren, die neue Entwicklungspartnerschaften in den Quartieren und für die Stadtteile hervorbringen bzw. nachhaltig festigen und die besondere Impulse setzen bzw. besondere Qualität entwickeln, die den langfristigen Erfolg von Integrierten Entwicklungskonzepten (IEK) und Lokalen Aktionsplänen (LAP) zu sichern.

Die Antragsfristen für 2006 sind in den Ländern meist an die üblichen Beantragungsfristen für Städtebaufördermittel gebunden und liegen daher oftmals schon im September. Da der Bund die Möglichkeit eingeräumt hat, die zusätzlichen Mittel für 2006 erst in 2007 zu kofinanzieren, besteht hier die **Möglichkeit einer zweiten Antragsrunde**. Trotzdem besteht durch das Verfahren ein Handlungsdruck, der zeitnahe Gespräche mit den jeweiligen Verantwortlichen in den Ländern erforderlich macht.

2. Ansatzpunkte für die Umsetzung

Die Ansätze für lokale Modellhaben müssen jeweils individuell aus den Bedingungen vor Ort entwickelt werden – zu unterschiedlich sind die Voraussetzungen, Ressourcen, Trägerkonstellationen etc.. Auch wenn es hier keine „Patentlösungen“ geben kann, lassen sich aus Sicht der BAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit einige Bedingungen für „gute Praxis“ und Ideen für modellhafte Lösungen angeben. Die Modellhaben sind dabei nicht isoliert von der Gesamtstrategie vor Ort zu betrachten, sondern als Bestandteil der jeweiligen Integrierten Entwicklungskonzepte.

2.1. Aufnahme neuer Standorte

Die Gefahren der Verschiebung von Problemen von einem Stadtteil in den anderen sind bei einer gebietsbezogenen Entwicklungsstrategie wie „Soziale Stadt“ schon oft angesprochen worden. Die Einbindung in gesamtstädtische Strategien ist daher eine elementare Voraussetzung gelungener Stadtentwicklung. Oftmals fehlen vor Ort die Ressourcen oder Aufmerksamkeiten für die Entwicklung anderer Stadtteile, die Soziale Brennpunkte darstellen oder zu werden drohen. Die Aufnahme **neuer Standorte im Rahmen einer kommunalen / regionalen Gesamtstrategie** kann ein sinnvoller Ansatz sein, der Verschiebung von Problemen und der innerstädtischen Konkurrenz im Ansatz zu begegnen.

Insbesondere die „klassischen“ **Sozialen Brennpunkte** und (ehem.) **Obdachlosensiedlungen** sind vielerorts nicht in das Programm „Soziale Stadt“ aufgenommen worden (oftmals aus guten Gründen). Die Aufstockung bietet hier die Chance, diese Gebiete nicht noch weiter von der gesamtstädtischen Entwicklung abzuhängen.

Im **ländlichen Raum** kann mit der Einbindung des Sozial- und Jugendhilfeträgers (Landkreis) über die Auswahl neuer Standorte nachgedacht werden.

2.2. Entwicklung von Modellprojekten im und für den Stadtteil

- In manchen Programmstadtteilen der „Sozialen Stadt“ sind bestimmte Handlungsfelder in der Vergangenheit nicht mit der Priorität behandelt worden, die ihnen nach ihrer Bedeutung für die Bewohnerschaft zukäme. Dies kann an den zu eng gestrickten Förderstrukturen oder der nur langsam zu verwirklichenden ressortübergreifenden Zusammenarbeit liegen. Diese **nicht bearbeiteten Handlungsfelder** (z.B. lokale Ökonomie, Beschäftigung, Bildung, Kultur, Gesundheitsförderung, etc.) können im Rahmen der Modellstrategie nun aufgegriffen werden. Wichtig sind hier genaue Analysen des Sozialraums unter Beteiligung der Bewohnerschaft, um diese Themen zu bestimmen.

- Die Modellstrategie bietet die Chance, Handlungsfelder **in neuen Projektpartnerschaften** auf breiterer Basis zu bearbeiten. Stadtteilentwicklung braucht starke Partner, die dauerhaft Ressourcen einbringen können, damit die Sonderförderung durch die „Soziale Stadt“ kein Strohfeuer im Stadtteil abfackelt und die Ergebnisse verstetigt werden können. Diese „starken Partner“ können neben Wohnungsbaugesellschaften v.a. Wohlfahrtsverbände, Unternehmen und kommunale Verwaltungsressorts sein, die z.T. noch nicht ausreichend in die Stadtteilentwicklung vor Ort eingebunden sind. „Nicht ausreichend eingebunden“ kann bedeuten, dass diese Akteure auf gesamtstädtischer Ebene aktiv sind und Angebote vorhalten, diese aber für die Bewohnerschaft des Programmgebietes nicht erreichbar, bzw. nicht niedrigschwellig genug sind (z.B. Wirtschaftsförderung für ethnische Ökonomie,

Beratungsangebote etc.). Oder aber, Angebote sind im Stadtteil vorhanden, aber nur einzelne Zielgruppen, und nicht auf die gesamte Einwohnerschaft bezogen (Einrichtungen, Treffs, Sozialstationen, Spiel- und Lernstuben etc.). Mit der Modellstrategie können nun gezielt Vorhaben entwickelt werden, die diese Partnerschaften ausbauen und festigen. Besondere Bedeutung bekommt dieser Ansatz in Hinblick auf eine zukünftige Anbindung des Quartiermanagements an stadtteilweite Trägerverbände nach dem Ende der „Soziale Stadt“ – Förderung.

- Viele der **zentralen regionalen und überörtlichen stationären Einrichtungen** (z.B. der Kinder- und Jugendhilfe, der Altenhilfe, Beschäftigungs-, Qualifizierungsförderung) und Träger sind in den benachteiligten Stadtteilen noch nicht zu lokalen Mitakteuren geworden. Die Einbeziehung stationärer Einrichtungen und ihre Weiterentwicklung in Richtung **verstärkter ambulanter Angebote** stellt eine weitgehend ungenutzte Ressource dar und kann ein Ansatzpunkt für eine Modellstrategie sein. Z.B. die ambulante Versorgung älterer Menschen stellt angesichts der demographischen Entwicklung eine zentrale Zukunftsaufgabe dar, deren sich stationäre Einrichtungen der Altenhilfe stellen müssen.
- Die **Erschließung zusätzlicher Mittel** für Stadtteilarbeit, z.B. durch systematisches Fundraising, ist eine Aufgabe, die sich nicht „nebenbei“ noch mit erledigen lässt, sondern volle Aufmerksamkeit verlangt. So könnte z.B. eine Anschubfinanzierung für eine lokale **Fundraising - Agentur für den ganzen Stadtteil** (die sich später eigenständig refinanziert) wichtige Synergieeffekte zu Stande bringen.
- Ein Ansatz für eine Modellstrategie kann darin bestehen, von Methoden, die sich in anderen Ländern bewährt haben, wie z.B. **Community Organizing**, zu lernen und verstärkt nach Wegen zu suchen, diese auch im bundesdeutschen Kontext umzusetzen. Gerade im sensiblen Bereich der Bewohner-Aktivierung und –Beteiligung lassen sich eventuelle Blockaden vor Ort durch „frische“ und noch nicht verbrauchte Methoden aufbrechen.
- Um nachhaltige Strukturen in einem Stadtteil aufzubauen und den Bereich den **Bürgerengagements** zu verstetigen, kann der Aufbau einer „Nachbarschaftsstiftung“ sinnvoll sein. Diese kann kontinuierlich ein „Bürgerbudget“ in Form eines Verfügungsfonds bereitstellen und als „krisenfester“ Ankerpunkt und Focus für Aktivitäten im Stadtteil fungieren. Die Modellförderung kann den Grundstock für den Aufbau einer solchen Stiftung liefern, der anschließend z.B. durch Zu-Stiftungen aus dem Stadtteil erhöht wird.

2.3. Weiterentwicklung von erfolgreichen Pilotprojekten

Das Programm „**Lokales Kapital für soziale Zwecke - LOS**“ hat in den Programmstadtteilen der „Sozialen Stadt“ außerordentlich positiv gewirkt. Nicht nur auf der Ebene sinnvoller Vorhaben auf der Ebene der „Mikroprojekte“, sondern auch auf der Ebene der Vernetzung und Kooperation durch die Zusammenarbeit in den Vergabeausschüssen. Nachhaltigkeit im Rahmen von LOS stellt sich auf der strukturellen Ebene vor allem durch die „Lokalen Aktionspläne“ her. Diese stellen oftmals in den Stadtteilen eine konkretere Handlungsgrundlage als die Integrierten Entwicklungskonzepte (IEK) dar. Ein Ansatzpunkt für die Modellstrategie kann sein, die positiven Erfahrungen aus der Arbeit am „Lokalen Aktionsplan“ aufzugreifen und diesen in Richtung eines umfassenderen Stadtteilentwicklungsplanes weiter zu entwickeln und mit dem IEK zu verkoppeln.

2.4. Stärkung von (regionaler) Netzwerkarbeit, Transfer-, Weiterentwicklung, Qualifizierung der Akteure, Aktivierende Studien

Ein komplexes Programm wie „Soziale Stadt“ lebt vom kontinuierlichen **Erfahrungsaustausch und Wissenstransfer**. Nicht nur auf kommunaler Ebene, sondern gerade auf der Landesebene, die schließlich wichtige Rahmenentscheidungen für die Programmumsetzung trifft, ist es wichtig, ein arbeitsfähiges Forum der PraktikerInnen vor Ort zu etablieren. Die Erfahrungen mit den bestehenden unterschiedlichen Landesarbeitsgemeinschaften zeigen, dass diese über eigene Ressourcen verfügen müssen, um ihre Aufgaben sinnvoll wahrnehmen zu können. Die Modellstrategien in den Ländern können über die Förderung der jeweiligen Netzwerkstrukturen den Austausch zwischen den unterschiedlichen Akteursgruppen aus der Praxis, der Wissenschaft und der landespolitischen Steuerung weiter entwickeln und den Anspruch an ein „lernendes Programm Soziale Stadt“ einlösen.

Hannover/Berlin, 20.09.2007